

Gespräche am Tor 2026

Karlsruher Begegnungen
zu Wissenschaft, Politik
und Kultur

Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Denkmalspflege



Mittwoch, 11. Februar 2026, 18 Uhr

„Duckmäusertum in der schwarzen Berufsverbots-Provinz“? Der „Radikalen- erlass“ von 1972 in Baden-Württemberg – Vorbedingungen, Umsetzung und Wirkungsgeschichte

Vortrag von **Mirjam Schnorr, M.A.**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt a.M.

Eine Veranstaltungsreihe am Ettlinger Tor



FernUniversität in Hagen

2026 jährt sich zum 35. Mal der Beschluss der baden-württembergischen Landesregierung von 1991 zur Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz auf Grundlage des „Radikalenerlasses“. Dieser war im Januar 1972 unter Bundeskanzler Willy Brandt ausgearbeitet worden, um potentiell Rechts- und Linksradikale, sog. Verfassungsfeinde, aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Im Südwesten hatte seit 1973 eine eigene Variante des „Radikalenerlasses“ bestanden, der „Beschuß der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ – inoffiziell auch „Schiess-Erlass“ genannt, nach dem Innenminister Karl Schiess (Amtszeit 1972–1978).

Mit den durch den „Schiess-Erlass“ eingeführten Regelungen zur Aufnahme und Beschäftigung im öffentlichen Dienst galt Baden-Württemberg als CDU-geführte „schwarze Berufsverbots-Provinz“, weil hier besonders hartnäckig gegen „Radikale“ vorgegangen wurde. Insgesamt betrieb die Landesregierung allerdings unter Einbezug des Verfassungsschutzes nur einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand, der beinahe ausschließlich den beruflichen Werdegang vor allem junger Linker beeinträchtigte. Die individuellen Folgen für die Betroffenen des „Radikalen“- und „Schiess-Erlasses“ waren zum Teil schwerwiegend, und im gesamtgesellschaftlichen Rahmen überwog eher der Eindruck von „Duckmäusertum“ und Verunsicherung als von effektivem Schutz der Demokratie mittels der Bekämpfung von Extremismus.

Der Vortrag skizziert die Geschichte des „Radikalenerlasses“ im Südwesten und fragt dabei nach seinen regionalen Besonderheiten. Ein Augenmerk liegt dezidiert auf der Veranschaulichung von Fallbeispielen aus dem badischen Raum, um die Perspektive der Betroffenen mit aufzunehmen.

Mirjam Schnorr, M.A., geboren 1989, Historikerin, war von 2018 bis 2021 Mitarbeiterin im Heidelberger Forschungsprojekt „Verfassungsfeinde im Land? Baden-Württemberg, '68 und der ‚Radikalenerlass‘ (1968–2018)“. Aktuell ist sie am Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main beschäftigt. In ihrer Dissertation hat sie Alltags- und Verfolgungserfahrungen von Prostituierten und Zuhältern im NS-Staat untersucht.

Die Veranstaltung wird hybrid (in Präsenz und online) durchgeführt.

Für die **Online-Teilnahme** beachten Sie bitte den Zugangslink auf unserer Veranstaltungsseite: e.feu.de/gespraeche

Zugang für Präsenz-Teilnahme:

FernUniversität – Campus Karlsruhe

Kriegsstraße 100 (Haupteingang ehem. Postbankgebäude, 2. OG)

76133 Karlsruhe // Fon: +49 721 93380991

campus.karlsruhe@fernuni-hagen.de